Downloaded from Blogs on 03.11.2026 01:36

By PwC Deutschland | 28 July 2023

Kommission genehmigt Unterstützung Deutschlands für landseitiges LNG-Terminal in Brunsbüttel

Die Europäische Kommission hat nach den EU-Beihilfevorschriften eine mit 40 Mio. EUR ausgestattete deutsche Fördermaßnahme für Bau und Betrieb eines neuen landseitigen Flüssigerdgasterminals (LNG) in Brunsbüttel genehmigt.

Downloaded from Blogs on 03.11.2026 01:36

Begünstigte der Beihilfe sind das deutsche Energieunternehmen RWE und der niederländische Energienetzbetreiber Gasunie. Bau und Betrieb der Anlage übernimmt die German LNG Terminal GmbH („GLNG“). Die GLNG wird drei Gesellschafter haben: 1) den deutschen Staat über die Investitions- und Entwicklungsbank KfW, deren Beteiligung sich auf 50 % belaufen wird, 2) Gasunie mit einer Beteiligung von 40 %, und 3) die RWE mit einer Beteiligung von 10 %.

Im Rahmen der Maßnahme wird die Beihilfe in Form eines Vorzugsdividendenmechanismus gewährt: Die KfW wird ihren Mitanteilseignern einen Anteil an den von GLNG gezahlten Dividenden gewähren, wenn die Jahresrendite des Projekts unter einem bestimmten Prozentsatz des von allen Anteilseignern, einschließlich der KfW, insgesamt investierten Kapitals liegt. Wenn die jährliche Rendite über diesem Prozentsatz liegt, wird die KfW die Dividenden nicht teilen, sodass im Rahmen der Maßnahme keine Beihilfe gezahlt wird.

Fundstelle

Pressemitteilung der EU-Kommission vom 27. Juli 2023.

Keywords

EU-Recht, EU-Recht (Beihilferecht)